

Dresdner Volkszeitung

Polischer Postamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Schl. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeigebüro und
Beamten, K.-B. Dresden.
Nebr. Anzeigebüro, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreise: einjährig 12 Mark, halbjährig 7 Mark, einmonatlich 1 Mark. Einzelnummern 10 Pf.

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2561. Druck-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 2561 und 12 207.
Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 2 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatszeitung
zu 20 Pf., die 30 mm breite Monatszeitung 200 Pf., für auswärtige
Abnehmer 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnements, Stellen- und Anzei-
genpreise 40 Pf. Abont. für Kleinverlegerinnen 10 Pf.

Nr 296

Dresden, Mittwoch den 21. Dezember 1927

38. Jahrg.

Die „Juli-Verbrecher“

(Von unserem Wiener Mitarbeiter)

A. Wien, 20. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Staatsanwaltschaft des Bürgerturns, allen voran der Landesanwalt Dr. Seipel, hatten nicht genug davon, daß am 15. und 16. Juli 89 Proletarier durch Polizeikräfte verletzt wurden, sie wollten sich auch noch den erkrankten Ärztern als Staatsretter vorstellen, indem sie ihnen vorlegten, die Unruhen jener Tage seien ein vorbereiteter Putsch gewesen, vor dem sie den Staat und das Bürgerturn gerettet hätten. Deshalb verkündete der Landesanwalt im Parlament, daß er gegen die „Juli-Verbrecher“ keine Milde walten lasse, und deshalb lehnte auch die Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag auf Niederlassung aller Prozesse ab. Kein Herr Dr. Seipel wollte keine Gnade, sondern er wollte diese Prozesse, um dem Bürgerturn nachzuweisen, vor welcher Gefahr er es gerettet hätte.

Aber die ersten Prozesse, die vor den Schöffen stattfanden, brachten keinerlei Beweise für einen vorbereiteten Putsch. Sie gingen gegen lauter unerschrockene Proletarier, die unter einer Massenagitation gebandelt hatten, ohne sich viel Gedanken machen zu müssen. Die Staatsanwaltschaft ärgerte sich sehr an der vorliegenden Delikte aus diesen belanglosen Handlungen zu machen, wobei ihr das veraltete, mehr als hundert Jahre alte österreichische Strafgesetz zu Hilfe kam: die Demonstrationen hatten dem Verbrechen der Verhöhnung der Schöffen geleistet — Vergehen des Auflaufs; sie hatten die Schöffen beiseitegedrängt — Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit; sie hatten Automobile angehalten und die Insassen zum Aussteigen gezwungen — Verbrechen der Erpressung. Schließlich haben die Schöffen wiederholt solche „Verbrecher“ verurteilt. Bis Ende des vorigen Monats waren insgesamt 104 Demonstranten zu 104 Monaten Kerker (Geldstrafe) und 46 Wochen Arrest verurteilt. Aber wiederholt haben die Schöffen auch freigesprochen, wo die angelegte Forderung gar zu belanglos oder die Tendenz der Verurteilung gar zu offensichtlich war. Die große Aktion vor den Schöffen ist jedenfalls ganz erheblich zusammengeschrumpft. Es wurde vor der Öffentlichkeit noch dadurch kompliziert, daß man bei der Zusammenlegung des Gerichts „Stichtag“ fortgesetzt hatte. Man hatte Arbeiter, die als Schöffen an der Reihe waren, durch Bürgerliche ersetzt und so einigemal ein gefügiges Gericht erlangt.

Die Staatsgewalt mußte unter diesen Umständen aus den Prozessen vor den Schöffen gerichtlich unterliegen herabgehen. Kein Wunder, wenn die Regierung nunmehr ihre ganze Hoffnung auf die Prozesse vor den Geschworenen setzte. Nach Anfang November hatte der Justizminister die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages damit begründet, daß die Beschuldigten, die nach schwerer Straftaten schuldig gemacht hätten — und er dachte dabei vor allem das Verbrechen des Aufstandes — nicht strafflos ausgehen würden. Sieben Prozesse gegen „Juli-Verbrecher“ haben nun bereits vor den Geschworenen stattgefunden, darunter sechs wegen Verbrechen des Aufstandes, verbunden mit Hausfriedensbruch, öffentlicher Gewalttätigkeit, Diebstahl und anderer schwerer Delikte, einer wegen Verbrechen der Brandstiftung gegen den Mann, der den Justizminister in Brand gesteckt haben soll. In allen sieben Prozessen wurde die Angelegenheit von den Geschworenen einstimmig oder nahezu einstimmig freigesprochen.

Die Geschworenen ließen sich von der Staatsanwaltschaft nicht einreden, daß die Leute, die nach den Salven der Polizei oder unter dem Eindruck der Salven ihre Kameraden aufgefördert hatten, gegen die „Arbeitermörder“ loszugehen, oder

die mit Steinen oder Latten gegen sie losgegangen waren, deshalb einen Aufstand hätten inszenieren wollen, und sie ließen sich schon gar nicht einreden, daß alle diese Leute irgendeine Putschparole befolgt hätten. Nicht einmal einen Zusammenhang mit irgendeiner kommunistischen Parole hat man in diesen Prozessen nachweisen können. Der Prozessführer gar, den der Staatsanwalt den Geschworenen vorführte und der den Beschuldigten aufweisen sollte, war ein harmlöser Kellner, der nur deshalb noch in Oesterreich war, weil er das Bium zum Austritt eines Postens in der Schweiz noch nicht erhalten hatte. Er kam nur zufällig in den Wirbel hinein und hat den Brand wahrscheinlich gar nicht angelegt... Herr Seipels Staatsgewalt hat also bis jetzt nur schwere Niederlagen in der Prozessführung erlitten. Die Arbeiter werden daraus die Folgerungen ziehen.

Verbindlichkeitserklärung!

Der Schiedsspruch in der Eisenindustrie

Berlin, 20. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium fanden heute im Lohn- und Tarifrat der Großindustrie Rheinlands und Westfalens erneut Verhandlungen statt. Eine Annäherung zwischen den beiden Parteien konnte nicht erzielt werden. Der Reichsarbeitsminister hat darauf die beiden Schiedsprüche

vom 15. Dezember 1927 von Amts wegen für verbindlich erklärt.

Die Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister muß das größte Befremden erregen. Die Verhältnisse liegen ohnehin so, daß unter der Arbeiterkraft bereits ein starkes Mißtrauen gegen die Schlichtungsinstanzen besteht. In wiederholten Fällen sind von den Schlichtungsinstanzen Entscheidungen gefällt worden, die den Eintracht erwecken, als ob automatisch eine Niederhaltung der Arbeiterforderungen erfolgen soll. Dieser erklärt durch die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche in der Großindustrie die Schlichtungsverfahren erneut eine schwere Belastungsprobe. Wir betonen bereits, daß durch eine Verbindlichkeitserklärung die kritischen Verhältnisse in der Großindustrie natürlich keineswegs abgeheilt werden. Die Erregung und Empörung über die Maßnahmen der reinlich-rechtlichen Instanzen innerhalb der Arbeiterkraft ist so groß, daß diese sich durch formalgesetzliche Bestimmungen in ihren berechtigten Forderungen nicht länger binden lassen kann. Kommt es zu einer großen Ausstandsbewegung in dem rheinischen Industriegebiet, dann fällt die Schuld auch mit auf den Reichsarbeitsminister, dessen Aufgabe es gewesen wäre, wenn schon auf dem Wege der Nachverhandlungen eine Annäherung der Parteien nicht möglich war, für eine durchgreifende Revision des Schiedsspruches zu sorgen.

Internationale und Ostkonflikt

Keine Gewaltlösung im Konflikt Polen-Litauen — Verkündung durch Demokratie und Sozialismus

Die am Sonntag und Montag in Berlin abgehaltene Nordosteuropäische Konferenz hat den Verlauf ihrer Beratungen in folgender Erklärung niedergelegt:

Die Konferenz nahm zunächst ausführliche Berichte über die Entwicklung der Ereignisse in Litauen durch die offiziellen Delegierten der litauischen Sozialdemokratischen Partei Kaizich und Esthonia entgegen. Sodann hat sie auch den Vertretern der litauischen Emigranten, die sich gegenwärtig in Wilna aufhalten, Gelegenheit, ihre Ausführungen vorzutragen.

Im Verlauf der Debatte, an der sich nahezu alle Teilnehmer der Konferenz beteiligten, wurden eingehend die Beziehungen der Parteien der Nachbarstaaten zueinander erörtert.

Die Konferenz war einstimmig der Überzeugung, daß das gegenwärtige Regime in Litauen und in Polen nicht nur für die innere Entwicklung in Litauen die schärfste Schädigung bedeutet, sondern auch für die Gestaltung der europäischen Beziehungen unheilvoll sein kann. Die Konferenz erwartet von den der I. S. D. angeschlossenen Parteien, daß sie mit allen Kräften die Verwirklichung des litauischen Volkes für die Wiederherstellung der Demokratie unterstützen werden. Sie lehnt jedoch alle direkten oder indirekten Versuche fremder Mächte, diesen Versuchungen auf für ihre Zwecke auszunutzen und in ihn einzugreifen, mit aller Entschiedenheit ab.

Der Streit Polen-Litauen

In Bezug auf den Konflikt zwischen Litauen und Polen haben die litauischen Vertreter Kaizich und Esthonia folgende Erklärung ab

„Eine der wichtigsten Fragen, die andauernd eine Hauptquelle für die Verschärfung der nachbarschaftlichen Beziehungen und eine Gefahr für den Frieden im Nordosten Europas darstellt, ist die Wilnafrage.

Der Gewaltverstoß des polnischen Generals Żeligowski gegen Wilna hat eine äußerst bedrohliche politische Lage geschaffen, die

formell als Kriegszustand zwischen Litauen und Polen betrachtet worden war. Der letzte Versuch des Vilnaer Bundes hat zwar diesen Kriegszustand beseitigt, aber nicht die Wilnafrage gelöst. Wir vermuten deshalb, daß die bevorstehenden direkten Verhandlungen zwischen Litauen und Polen wieder eine normalere Beziehung nicht impland sein werden, die Konflikte gründlich zu lösen und freundschaftliche Beziehungen zu schaffen. Wir erklären dies damit, daß:

1. die inneren Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten des Wilnaer Gebietes eine frei gewählte Form der Entscheidung fordern,
2. schließlich einige Nachbarstaaten um das Wilnaer Gebiet streiten.

Das die inneren Beziehungen der verschiedenen Nationalitäten des Wilnaer Gebietes betrifft, so müssen wir konstatieren, daß die litauischen nationalen Unterdrückung und Verletzungen der Minoritäten immer stärker hervorgetreten haben und hervorgerufen werden. Diese Unterdrückungen müssen ihre Einwirkung auf die politische Orientierung der einzelnen Nationalitäten haben.

Die litauische und weißrussische Bevölkerung des Wilnaer Gebietes werden deshalb nie die gegenwärtige Gewaltlösung der Wilnafrage anerkennen. Die Expansionspolitik der polnischen Regierung und ihre Kolonisationsmaßnahmen werden diese Beziehungen noch mehr verschärfen und zu einer gefährlichen Balkanisierung der Bevölkerung Litauens führen.

Je sauerer sich die inneren Verhältnisse im Wilnaer Gebiet entwickeln werden, desto gefährlicher müssen auch die Beziehungen zwischen den um Wilna streitenden Nachbarstaaten werden. Einziges Heil ist die autonome, wirtschaftliche Republik der I. S. D. bestimmte Forderungen, die sich auf einige Teile des Wilnaer Gebietes erstrecken. Andererseits wird auch die öffentliche Meinung Litauens ohne Vorurteil und ungeschönt sein, welche Lösung in dieser Frage eine Regierung Litauens zu akzeptieren gezwungen sein wird.

nie eine Gewaltlösung billigen.

Die Sozialdemokratische Partei Litauens, die im Wilnaer Gebiet vor 30 Jahren gegründet wurde und bis zum Ende des Weltkrieges dort tätig war, hat die Überzeugung, daß diejenige Lage im Wilnaer Gebiet nicht normal und rechtmäßig geregelt ist. Unsere Motive unterscheiden sich grundlegend von dem Standpunkt der litauischen nationalistischen Parteien, die ihre Forderungen nur mit historischen Rechten begründen und deshalb das Wilnaer Gebiet ohne weiteres als Eigentum Litauens betrachten. Wir sind dagegen der Meinung, daß das Wilnaer Gebiet mit Litauen wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich eng verbunden ist. Wir haben demnach nie daran gedacht, daß man die Wilnafrage durch Gewaltmaßnahmen regeln kann. Wir ändern auch heute nicht unseren Standpunkt. Wir sind fest überzeugt, daß der einzige Weg, auf dem die Wilnafrage friedlich und vernünftig geregelt werden kann, die freie Abstimmung der Wilnaer Bevölkerung darstellt. Nur die Bevölkerung selbst kann ihre Staatsbürgerschaft wählen und bestimmen. Dazu müssen aber freie und nicht diskriminierende Verhältnisse gegeben sein.

Verklärung der Polen

Im Namen der Vertreter der Sozialistischen Partei Polens (P.S.P.) gab Niedzialkowski folgende Erklärung ab:

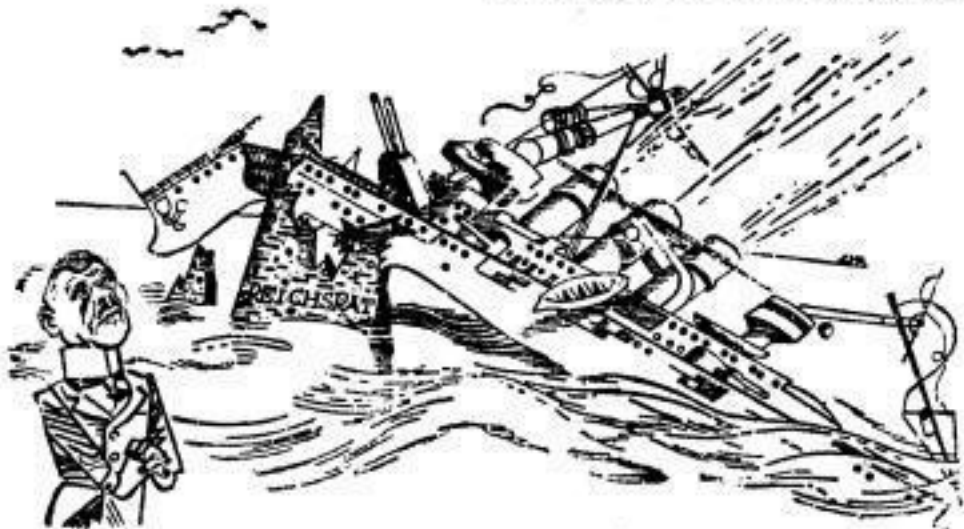
„Die Sozialistische Partei Polens (P.S.P.) nimmt die Erklärung der litauischen Sozialdemokratie über die Wilnafrage zur Kenntnis und bringt ihrerseits ihre tiefe Verurteilung zum Ausdruck, daß am Tage des Sieges der Demokratie in Polen und Litauen alle schwierigen Probleme, die heute die beiden Länder trennen, ihre friedliche Lösung auf den Grundlagen des Prinzips der internationalen Sozialismus, der Selbstbestimmungsrecht aller Völker finden werden.“

Der Beschluß der Konferenz

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich alle Konferenz-

Ceplers Panzerschiff.

Der Reichsrat tritt auf Verlangen Preußens die erste Rate für ein Panzerschiff aus dem Reichsverschleiß.



„Noch gar nicht gebaut und doch schon auf eine Klippe geraten!“